Zeitschrift: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...

Herausgeber: Kanton Bern

Band: - (1894)

Artikel: Bericht des Regierungspräsidiums

Autor: Steiger

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-416504

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bericht

über die

Staatsverwaltung des Kantons Bern

für

das Jahr 1894.

Bericht des Regierungspräsidiums.

Volksentscheide.

Im Berichtsjahre fanden 4 kantonale und 3 eidgenössische Abstimmungen statt, nämlich:

A. Kantonale.

1. Am 6. Mai über das Gesetz betreffend den Primarunterricht, welches mit 40,133 gegen 29,128, also mit einem Mehr von 11,005 Stimmen angenommen wurde.

2. An demselben Tage über das Gesetz betreffend die öffentlich-rechtlichen Folgen (Ehrenfolgen) des Konkurses und der fruchtlosen Pfändung, welches mit 35,917 gegen 34,170, also mit einem Mehr von 1747 Stimmen verworfen wurde.

Die Zahl der Stimmberechtigten betrug an diesem Tage 116,301.

3. Am 15. Juli über das Gesetz betreffend die Aufstellung von Alignementsplänen und von baupolizeilichen Vorschriften durch die Gemeinden, welches mit 26,746 gegen 16,948, also mit einem Mehr von 9798 Stimmen angenommen wurde.

4. An demselben Tage über das Gesetz betreffend das Wirtschaftswesen und den Handel mit geistigen Getränken, welches mit 28,076 gegen 18,435, also mit einem Mehr von 9641 Stimmen angenommen wurde.

Die Zahl der Stimmberechtigten betrug an diesem Tage 116,803.

B. Eidgenössische.

1. Am 4. März über den Bundesbeschluss betreffend Ergänzung der Bundesverfassung durch einen Zusatz bezüglich des Rechtes der Gesetzgebung über das Gewerbewesen. Derselbe wurde im Kanton Bern mit 20,737 gegen 20,652, also mit einem Mehr von 85 Stimmen, in der ganzen Schweiz mit 158,492 gegen 135,731 Stimmen — und ebenso auch von der Mehrheit der Standesstimmen — verworfen.

Die Zahl der Stimmberechtigten im Kanton Bern betrug an diesem Tage 115,345, in der ganzen Schweiz 676,854.

2. Am 3. Juni über das Initiativbegehren betreffend das Recht auf Arbeit. Dasselbe wurde im Kanton Bern mit 51,074 gegen 12,006, also mit einem Mehr von 39,068 Stimmen, in der ganzen Schweiz mit 308,289 gegen 75,880 Stimmen — und ebenso auch von der Mehrheit der Standesstimmen — verworfen.

Die Zahl der Stimmberechtigten betrug an diesem Tage im Kanton Bern 117,015, in der ganzen Schweiz 680,731.

3. Am 4. November über das Initiativbegehren betreffend die Abgabe eines Teils der Zolleinnahmen an die Kantone. Dasselbe wurde im Kanton Bern mit 65,103 gegen 19,319, also mit einem Mehr von 45,784 Stimmen, in der ganzen Schweiz mit 350,639 gegen 145,462 Stimmen — und ebenso auch von der Mehrheit der Standesstimmen — verworfen.

Die Zahl der Stimmberechtigten betrug an diesem Tage im Kanton Bern 118,980, in der ganzen Schweiz 690,250.

Vertretung in den eidgenössischen Räten.

Als Ständeräte für das Jahr 1894 wurden vom Grossen Rat die bisherigen, nämlich die Herren Regierungsräte Eggli und Lienhard, bestätigt.

Ersatzwahlen in den Nationalrat fanden am 11. Februar im VIII. Wahlkreis und am 6. Mai im VI. Wahlkreis statt. An Stelle der verstorbenen Herren Burkhalter und Brunner wurden gewählt die Herren Landwirt Steinhauer und Speditor Hirter.

Grosser Rat.

Im Berichtsjahr fand die Gesamterneuerung des Grossen Rates, des Regierungsrates und der Bezirksbeamten statt. Die ersten 5 Monate bilden den Schluss der XII., die letzten 7 Monate den Anfang der XIII. Verwaltungsperiode seit der Verfassungsrevision von 1846.

Schluss der XII. Verwaltungsperiode.

Der abtretende Grosse Rat trat in 3 Sessionen mit 21 Sitzungstagen zusammen und behandelte folgende wichtigere Geschäfte:

1. Gesetzesberatungen:
   a. Primarschulgesetz, Schluss der zweiten Beratung;
   b. Gesetz über das Wirtschaftswesen und den Handel mit geistigen Getränken, erste und zweite Beratung;
   c. Gesetz betreffend die Aufstellung von Alignementsplänen und von baupolizeilichen Vorschriften durch die Gemeinden, erste und zweite Beratung;
   d. Gesetz über die öffentlich-rechtlichen Folgen (Ehrenfolgen) des Konkurses und der fruchtlosen Pfändung, zweite Beratung.
2. Erlassene Dekrete:
   a. über die Organisation der Gewerbegerichte (Conseils de Prud'hommes) und das Verfahren vor denselben;
   b. betreffend einige Änderungen in der Organisation der Bezirksbehörden des Amtsbezirks Bern;
   c. betreffend die Einteilung des Staatsgebietes in Abstimmungskreise;
   d. betreffend die Abtrennung des Lorraine-Breitenrain-Bezirkes von der untern (Nydeck-) Gemeinde und die Erhebung desselben zu einer selbständigen Kirchgemeinde der Stadt Bern;
   e. Reglement für den Grossen Rat.
3. Behandelte Motionen und beantwortete Interpellationen:

   Vom Grossen Rat als erheblich erklärt wurden:

   a. Die Motion der Herren Daucourt und Mithafte:

   «Der Regierungsrat wird beauftragt, zu «untersuchen, ob die Ausarbeitung eines Ge«setzes über das Lehrlingswesen nicht im «Interesse der industriellen Gegenden des «Kantons wäre.» Die Motion ist der Direktion des Innern zur weitern Behandlung überwiesen.

   b. Die Motion des Herrn Gurtner:

   «Der Regierungsrat wird eingeladen, dem «Grossen Rat Bericht und Antrag vorzulegen, «ob und in welcher Weise das Gesetz über das «Steuerwesen in den Gemeinden vom 2. Sep«tember 1867 einer Revision zu unterwerfen «sei.» Die Motion ist der Direktion des Gemeindewesens zur weitern Behandlung überwiesen.

   c. Die Motion der Herren Reymond und Mithafte:

   «Der Grosse Rat wolle eine Kommission «ernennen, welche in Verbindung mit der «Direktion des Innern die Frage der Einsetzung «einer Handels- und Gewerbekammer, eventuell «mit Trennung in Sektionen, zu prüfen habe»; jedoch in dem Sinne, dass der Regierungsrat beauftragt wurde, die Frage zu prüfen, ob die Vertretung der genannten Interessen durch Einsetzung einer Kommission gemäss Dekret vom 23. Mai 1848, oder durch eine andere Organisation geschaffen werden soll. Die Motion ist zur weitern Behandlung an die Direktion des Innern gewiesen.

   d. Die Motion des Herrn Wyss:

   «Der Regierungsrat ist eingeladen, Bericht «und Antrag über eine Revision des Gesetzes «über das Strafverfahren dem Grossen Rat «vorzulegen»; jedoch mit der Beifügung, dass auch die Gerichtsorganisation vom 31. Juli 1847 zu revidieren sei.» Die Motion ist der Justizdirektion zur weitern Behandlung überwiesen.

   e. Die Motion des Herrn Fueter:

   «Der Regierungsrat wolle die Frage prüfen, «ob nicht bei den Bundesbehörden der Wunsch «einer Revision des Art. 32bis der abgeänderten «Bundesverfassung von 1885 bezüglich der «Gesetzgebung über den Kleinverkauf nicht «gebrannter geistiger Getränke auszusprechen «sei.» Die Motion ist der Direktion des Innern zur weitern Behandlung überwiesen.

   f. Die Motion der Herren Müller in Langenthal und Mithafte:

   «Der Regierungsrat ist eingeladen, die «Frage zu untersuchen, ob nicht das Gesetz «über Tierquälerei vom 2. Dezember 1844, «sowie das Dekret vom 26. Juni 1857 einer «Revision zu unterwerfen seien.» Die Motion ist der Direktion des Innern zur weitern Behandlung überwiesen.

   Vom Grossen Rat wurden als nicht erheblich erklärt die Motionen:

   a. des Herrn Haldemann betreffend Verkäufe von Pfrunddomänen;
   b. des Herrn Schwab betreffend Ausarbeitung eines Dekretes über die Verwendung des Alkoholzehntels;
   c. des Herrn Dürrenmatt betreffend die Volksabstimmung über das Schulgesetz.

   Folgende Interpellationen wurden gestellt und beantwortet:

   a. des Herrn Probst, Edmund, über den Stand der Frage der Erhebung des Lorraine-Breitenrain-Bezirkes zu einer eigenen Kirchgemeinde;

b. der Herren Steck und Siebenmann über das Vorgehen der Baudirektion in der Frage der Einstellung vorzugsweise einheimischer Arbeiter durch die Bauunternehmer;

c. des Herrn Jenni über die Schritte der Regierung zur Förderung und Verallgemeinerung der landwirtschaftlichen Berufsbildung.

XIII. Verwaltungsperiode.

Gegen die Grossratswahlen langte aus dem Wahlkreis Laufen eine Beschwerde ein. In Abweisung derselben wurden jedoch sämtliche Wahlen validiert.

Die Zahl der Mitglieder des Grossen Rates beträgt nunmehr 212.

Für das Verwaltungsjahr 1894/95 wurden gewählt:

zum Präsidenten des Grossen Rates Herr A. Weber in Biel;

zu Vizepräsidenten die Herren Gottl. Bühler in Frutigen und A. Moschard in Münster;

zu Stimmenzählern die Herren Baumann in Bern, Voisin in Corgémont, Burkhalter in Walkringen und von Wattenwyl in Uttigen.

Zu Mitgliedern des Regierungsrates wurden gewählt die bisherigen Herren Eggli, Gobat, Lienhard, Marti, Ritschard, Scheurer, Steiger, Stockmar und von Wattenwyl.

In der zweiten Session des neuen Grossen Rates wurden die im Austritt befindlichen Mitglieder des Obergerichts, nämlich die Herren Frêne, Harnisch, Kläy, Lerch, Simonin, Steiger, Stooss und Teuscher, und ebenso als Präsident des Obergerichts Herr Leuenberger wiedergewählt.

Ersatzwahlen in den neugewählten Grossen Rat mussten im Laufe des Jahres fünf getroffen werden. Gegen die daherigen Wahlverhandlungen langten keine Beschwerden ein. Hingegen langten Beschwerden ein gegen sämtliche Bezirksbeamtenwahlen im Amtsbezirk Delsberg und gegen die Regierungsstatthalter- und die Gerichtspräsidentenwahl im Amtsbezirk Laufen. Diese Beschwerden wurden jedoch abgewiesen, worauf die erstere an den Bundesrat weitergezogen wurde. Der Entscheid dieser Behörde ist im Berichtsjahr noch nicht erfolgt.

Der Grosse Rat versammelte sich in 5 Sessionen und hielt 16 Sitzungen ab. Ausser den Wahlen und den Wahlbeschwerden wurden folgende wichtigere Geschäfte behandelt:

1. Gesetzesberatungen:
   a. Gesetz über die Schutzpockenimpfung, erste Beratung;
   b. Gesetz über die Viehentschädigungskasse, erste Beratung.
2. Erlassene Dekrete:
   a. über die Organisation der kantonalen Irrenanstalten Waldau und Münsingen;
   b. über die Besoldungen der Beamten der kantonalen Irrenanstalten Waldau und Münsingen;
   c. über die Schulinspektoren;
   d. über die Schulsynode des Kantons Bern;
   e. betreffend die direkte Besoldung der Angestellten der Amts- und Gerichtsschreibereien, der Betreibungs- und Konkursämter.
3. Behandelte Motionen und beantwortete Interpellationen:

   Es wurden erheblich erklärt:

   a. Die Motion der Herren Bühlmann und Mithafte:

   «Der Grosse Rat wolle den Erlass einer «Proklamation an das Bernervolk beschliessen, «in welcher demselben die Verwerfung der «sogenannten Zollinitiative (Beutezug) empfohlen «wird.» Die Motion ist durch Erlass der Proklamation erledigt worden.

   b. Die Motion der Staatswirtschaftskommission:

   «Der Regierungsrat wird eingeladen, der «Kantonsbuchhalterei Weisung zu erteilen, dass «in Zukunft die Depotrechnungen der Staats«kasse bei der Kantonalbank und bei der «Hypothekarkasse auf 31. Dezember abge«schlossen in der Staatsrechnung erscheinen «und infolgedessen mit den Jahresabschlüssen «dieser Institute übereinstimmende Saldi auf«weisen.» Die Motion ist der Finanzdirektion zur Erledigung überwiesen.

   c. Die Motion des Herrn Folletête und Mithafte:

   «Der Regierungsrat wird eingeladen, bei «der kompetenten Behörde sich dafür verwenden «zu wollen, dass in Zukunft die einzuberufenden «Truppen in ihren Kreisen besammelt werden, «und dass die Ausladung der mit der Eisen«bahn in Bern ankommenden Truppen auf der «Militärrampe auf dem Wyler ermöglicht werde.» Die Motion ist der Militärdirektion zur weitern Behandlung überwiesen.

Folgende Interpellationen wurden gestellt und beantwortet:

a. des Herrn Folletête und Mithafte über die Absicht der Regierung in betreff der Vorlage eines neuen Ehrenfolgengesetzes;

b. des Herrn Boinay über die Verhältnisse im Amtsbezirk Delsberg betreffend die Funktionen des Gerichtspräsidenten;

c. des Herrn Dürrenmatt betreffend Verlauf, Erfolg und Kosten der nach Irland abgeordneten Expertise zur Untersuchung der dortigen Torfausbeutung.

Von den beim Grossen Rat anhängigen, aber von ihm im Berichtsjahr noch nicht erledigten Geschäften sind zu erwähnen:

1. die Gesetze über die Schutzpockenimpfung, über die Viehentschädigungskasse, über die Verbesserung der Feldereinteilung und die Anlage von Feldwegen (3 Gesetzesentwürfe);
2. die neue Feuerordnung;
3. die Motionen des Herrn Péquignot betreffend Revision des Strafgesetzbuches, des Herrn Scherz betreffend Ausführung des Art. 82 der Staatsverfassung, des Herrn Feller betreffend Anbringung von zwei historischen Gemälden im Grossratssaal, des Herrn Bühlmann betreffend die Besoldungsverhältnisse der Bezirksbeamten;
4. Grenzbereinigung mit Neuenburg an der Zihl.

Regierungsrat.

Vom Grossen Rat gewählte Regierungspräsidenten waren: Bis Ende Mai Herr Baudirektor Marti und von da an der Unterzeichnete.

Vizepräsidenten waren bis Ende Mai der Unterzeichnete und von da an Herr Erziehungsdirektor Gobat.

In der Verteilung der Direktionen erfolgte gemäss dem Vorschlag des Regierungsrates für die neue Verwaltungsperiode keine Änderung.

Der Regierungsrat hielt 127 Sitzungen.

Staatsarchiv.

Das Staatsarchiv hat im Jahre 1894 eine kleine Vermehrung erfahren, trotzdem alle verfügbaren (teilweise sehr unzweckmässigen) Räume des Rathauses und der Staatskanzlei gefüllt sind. Die Erziehungsdirektion hat nämlich eine Anzahl Bücher und Urkunden der Mueshafenstiftung abgeliefert, die vom 15. und 16. bis in den Anfang des 19. Jahrhunderts reichen.

Von den «Unnützen Papieren» wurden eine weitere Anzahl Bände registriert, und ferner wurde eine Broschürensammlung angelegt, die schon über 5000 Nummern zählt. Der Staatsarchivar fing an, für die Fortsetzung der Fontes Rerum Bernensium zu arbeiten. — Auch dieses Jahr wurde das Staatsarchiv häufig von in- und ausländischen Gelehrten in Anspruch genommen.

Die Frage der Erstellung neuer Archivräume ist von der Baudirektion so weit gefördert worden, dass schon Pläne für die Einrichtung des alten Druckereigebäudes (Nr. 70 Postgasse) zu Archivzwecken vorliegen.

Bern, im Februar 1895.

Der Regierungspräsident:

Steiger.